

Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig,
Raben & Komp., Nr. 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Kämpf, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Postgebühren monatlich 2,00 M. Dazu die Postgebühren vierteljährlich 0,60 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 0,60 M.
Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 221.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Kompositorenzeile 50 Pf., davon 40 Prozent Zeilenanfang, bei Familienangehörigen die Zeile 60 Pf. (ohne Postgebühren) und im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Fortsetzung an ungeliebten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefveränderung 20 Pf.

Nr. 171.

Dresden, Montag den 28. Juli 1919.

30. Jahrg.

Die Ausreden des Dr. Michaelis.

Die Enthüllungen Erzbergers haben sowohl den betrieblichen Kreisen als auch den ehemaligen Reichskanzler Dr. Michaelis auf den Kampfplatz gerufen. Herr Helfferich wirft in der Kreuzzeitung die Frage auf, ob nicht das im Brief des Nuntius erwähnte Telegramm, das auch er nicht zu kennen behauptet, einfach eine Fälschung auf die päpstliche Friedensnote vom 1. August gewesen ist.

Es kommt aber nicht darauf an, ob dieses englische Telegramm, das offensichtlich recht bald wird veröffentlicht werden können, von der englischen Regierung ohne besondere Aufforderung an den Papst gerichtet, oder ob es durch päpstliche Vermittlungsbestrebungen hervorgerufen wurde. In jedem Falle hätte die deutsche Regierung die verlangte unweibliche Erklärung über Belgien abgeben müssen, zumal es ja sonst jedem, der die Stimmung in den Entente-Ländern kannte, klar sein mußte, daß eine unweibliche Erklärung über Belgien die Vorbedingung für das Zustandekommen einer ausgiebigen Friedensunterhandlung war. Aber, das ist das Wesentliche, diese unweibliche Erklärung wollte man eben nicht abgeben, weil man sich nicht dazu entschließen konnte, Belgien vollständig und ohne Vorbehalt freizugeben.

Das wird wieder bewiesen durch die Mitteilungen, die Dr. Michaelis über die Vorgänge im September 1917 macht. In dem Kronrat vom 11. September im Schloss Bellevue hat man sich zwar für die „Wiederherstellung“ Belgiens ausgesprochen. Aber das war eben eine Wiederherstellung, wie sie sie aussahen, die Herren, die da im Kronrat verammelt waren. Es war mit dieser Wiederherstellung Belgiens so, wie mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das wir in West-Ostpreußen proklamiert hatte, um dann bei den Verhandlungen das Gegenteil daraus zu machen. Belgien sollte mit Deutschland wirtschaftlich verbunden werden, das heißt, Belgien sollte also von Deutschland abhängig gemacht werden. Weil man Belgien nicht freigegeben wollte, hat man dem päpstlichen Nuntius nicht die klare Antwort gegeben, die notwendig gewesen wäre, um die Friedensverhandlungen in Gang zu bringen. Infolge der Stellung, die damals die deutsche Regierung in der belgischen Frage einnahm, war jeder Friedensversuch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Inhaltlich mit einer unweiblichen Erklärung, wollte man den Engländern mit allerhand Gegenfragen kommen.

Herr Michaelis behauptet, man habe den Nuntius bewegen nicht als Vermittler für weitere Friedensversuche bewegen wollen, weil man gefürchtet habe, daß durch ihn Erzberger unterrichtet werde, und daß von diesem Indiscretio in den Gängen werden könnten, die dann die Kriegsparteien in Deutschland, England und Frankreich zur Weigerung des Friedens benutzt hätten. Man wollte also nicht, daß Erzberger durch den Nuntius erlaube, wie Deutschland die Angelegenheit weiter beanstande. Aber das wohl weniger deshalb, weil man die „Kriegsparteien“ fürchtete, sondern weil man Angst hatte, daß Erzberger Straß schlägt, wenn er erfährt, in welcher zweideutigen Weise wieder die belgische Frage von der deutschen Regierung behandelt wird.

Gerade die Veröffentlichung des Herrn Michaelis, die die Wirkungen der Erzbergerischen Angriffe aufzuwachen soll, zeigt so recht, daß es die Dornigkeit der deutschen Regierung in der belgischen Frage war, die jeden Versuch zur Herbeiführung eines Verständigungsfriedens von vornherein ausichtslos machte. So sind also die Enthüllungen des Herrn Dr. Michaelis nicht geeignet, Herrn Erzbergers Angriffe in ihrer Wirkung irgendwie abzuwehren, sie bestätigen im Gegenteil, daß in der schicksalhaftesten Weise mit dem Willen des deutschen Volkes gespielt wurde. Denn das mühten die leitenden Staatsmänner doch wissen, daß ohne die vollständige Freigabe Belgiens ein Verständigungsfriede nicht zu erreichen war. Man hätte aber, obwohl man sich öffentlich für den Verständigungsfrieden erklärte, für diesen nichts übrig und bilde sich noch immer ein, daß Deutschland einen Sieg erringen könnte, der es ihm ermöglichte, dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktieren. Weil die während des Krieges in Deutschland hochgehenden dieses unerreichbare Ziel nicht fahren lassen wollten, haben sie Deutschland ins Verderben geführt.

Erklärung des früheren Reichskanzlers Michaelis

Berlin, 26. Juli.
Der ehemalige Reichskanzler Michaelis ist an den Wänden des Ministers Erzbergers in der Tagungsversammlung vom 26. Juli 1919, bei Kämpfers Rede, folgende Erklärung abgab:
Die amtliche Schriftstücke über die Verhandlung des Schiedens des Nuntius vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Verhandlung des sogenannten „englischen Friedensabkommens“ folgende zu sagen:
Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit dem Staatssekretär und Ministern besprochen und bin dem Kaiser bei, wenn ich mich nicht irrte, am 9. September von einer Konferenz zurückkehrte, empfangen, um ihm Bericht zu geben.
Ich habe den Kaiser um Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der Herren Erzberger und Michaelis. Der Kronrat hat mit M. Gumbel in Glatz folgende Satzung beschlossen. Das

Ergebnis der Besprechung

wurde von dem Kaiser in eingehend unterzeichneten Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt:
„Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die belgische Note sei zwar sehr wichtig, und derartige Dinge nicht in englische Hände fallen. Aber die belgische Note allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daraus habe Belgien selbst das größte Interesse.“
Ueber die weitere Verhandlung des Friedensabkommens wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Rühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingte persönliche Präsenz zu handeln sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den belgischen Standpunkt über die belgische Friedensnote, wie sie unmissverständlich zu unserer Kenntnis gekommen waren, auszugeben und auf einer annehmbaren stillen Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen entgegenkommenden Standpunkt auszugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu untern Ungunsten verschoben würden.
Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Rühlmann persönlich nahe stehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sömierung vorzunehmen. Ihm wurde keine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigen Kronrat in der Weise erteilt:

Voraussetzung für Verhandlungen mit England

- a) daß unsere Grenzen intakt bleiben,
 - b) daß unsere Kolonien zurückgegeben würden,
 - c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen,
 - d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.
- Ich habe in Uebereinstimmung mit Erzberger v. Rühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertrauenshaftigkeit die Befreiung dieser ersten Friedensbedingung möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Note boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben laute. Eine Indiscretion durch ihn mußte aber vor allem verhindert werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden.

Daß jede Indiscretion die größten Gefahren für die Abwicklung der Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat über ihre Ziele blieben nicht unberührt. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bewußten sich der Anarchie und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich abzugeben, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter welchem Nachdruck mit Bezug auf Velleien zum Frieden zu kommen, und Verhältnissen ergriffen, und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der nachstehenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den gegenwärtigen Weg zur Vermeidung der ersten Konsequenzen zu wehren. Wenn sich der Plan geschlossen, so lag es daran, daß wir keine Schritte nicht wollten.
Saarbr., 26. Juli 1919. Dr. Michaelis.

Warum mühten wir nach Versailles?

Diese kleine Schrift Oskar Millers ist in gedrängelter Form die politischen Ereignisse in den drei letzten Kriegsjahren in eindringlicher Weise zu umrissen und bringt eine Menge neues Material zur Geschichte der Verhandlung der Friedensnote und der innerpolitischen Kämpfe in dieser Zeit. In abgemessener Schärfe weist der Verfasser die schwere Schuld der Kaiserin und Konventionen nach, die durch ihre unannehmliche innere Politik die für jeden Augenblick an dem die Demokratie streute, die innere Widerstandskraft des Volkes gelähmt und die nach außen hin im Grunde mit den inneren nachstehenden haben Michaelis jede Verhandlung von Friedensmöglichkeiten immer wieder verhindert. Die um Anhang des Verles veröffentlichten Dokumente, das Schreiben des Nuntius päpstlichen Nuntius an den damaligen Reichskanzler Dr. Michaelis und dessen förmliche Antwort auf diesen ausführlichen Friedensvermittlungsversuch sind diese Tatsachen ausdrücklich. Sie bedeuten nicht nur eine Klage gegen den Reichsminister Bethmann-Hollweg als Kanzler, sondern auch eine Klage gegen diejenigen politischen Kreise, als deren Vertreter sich Michaelis stellte und die ihn zu seiner Handlungsweise drängten. Ganz besonders treten in der Darstellung auch die verhängnisvollen Folgen der törichten Blindheit der führenden militärischen Stellen gegen alle politische Einsicht hervor. Das ist doch die Oberste Friedensnote nach Ende August 1918, also nach der großen deutschen Niederlage im Westen, die meißelt, die allen Kriegsziele, insbesondere den Entzug auf die belgischen Garantien, fallen zu lassen, und hat sie noch durch ihre Gleichgültigkeit den Schicksal Belgiens direkt gefördert.
Oskar Miller drängt bei der Frage: Warum mühten wir nach Versailles? ganz kurz: „Weil wir geschlagen waren und weil wir nicht verstanden, den Frieden zu schließen, als wir dies unbedingt noch hätten tun können.“

Der internationale Gewerkschaftskongress und die Schuldfrage am Kriege.

Der internationale Gewerkschaftskongress trat Ende voriger Woche in Amsterdam zusammen. Anwesend sind die Vertreter Amerikas, Englands, Deutschlands, Belgiens, Polens, Schwedens, Spaniens, der Schweiz, Frankreichs und Österreichs.

In der Sonnabend-Sitzung darf der belgische Vertreter den deutschen Gewerkschaften und ihren Führern sehr herzlich für die während des Krieges nicht gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter und die Fortschaffung des belgischen Industriematerials getrieben zu haben. Dieser, der Abgeordnete der Deutschen, der nach Brüssel gekommen sei, habe erklärt, daß er nichts sagen können würde. Er forderte, daß die Deutschen, bevor die Arbeiter mit ihnen einer Organisation beitreten, sich als mitschuldig mit ihrer Regierung bezeichnen und ihr Verhalten über das verübte Verbrechen, den Waffenraub in Belgien, ansprechen. Auch die österreichischen Gewerkschaften erklärten der belgische Abgeordnete für schuldig.

Regien antwortete auf diese Angriffe: Die Deutschen seien nicht gewohnt, ohne irgendeinen Grund ins Wasser hinein zu protestieren. Ein Protest der Führer der deutschen Gewerkschaften wäre ein papierener Protest ohne irgendwelche wirkliche Wirkung gewesen, darum habe man ihn unterlassen. Außerdem sei es eine Tatsache, daß die Deutschen und auch die belgischen Arbeiter die Ueberzeugung hätten, einen Verteidigungskrieg für die Erhaltung ihres Landes zu führen. Unter diesen Umständen habe man von den belgischen Arbeitern nicht verlangen können, daß sie die Kriegsschuld übernehmen. Das wäre auf ein Justizgefällen das eigene Vaterland hinausgelassen. Der Friedensvertrag von Versailles habe bewiesen, wie richtig es ist, daß die Deutschen einen Verteidigungskrieg, einen Krieg zur Erhaltung ihres Landes führten. Bei alledem hätten die Führer der belgischen Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber der Internationale getan. Der belgische Arbeiter, ob denn die englischen, französischen und italienischen Arbeiter gegen die Art, wie der Krieg von dem Verbands geführt wurde, protestiert hätten, ob sie gegen die Hungerplünderung protestiert hätten, dagegen, daß gegen die Frauen, Greise und Kinder Krieg geführt worden sei. Die Deutschen seien zu dem belgischen Unrecht gekommen ist, und die Deportation die schändlichste Tat wäre, die begangen werden konnte. Aber die Belgier hätten selbst helfen können, diese Tat zu verhindern, wenn sie dem Ruf der belgischen Gewerkschaften gehorcht hätten und freiwillig nach Deutschland abziehen gegangen wären. Sie hätten aber gerade in dem Augenblick, wo die belgische Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit gehabt hätte, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, erklärt, daß sie mit den Deutschen nichts zu tun haben wollten. Es sei Unrecht gewesen, und die belgischen Arbeiter bedauern das auf das tiefste, aber man könne von ihm und seinen Freunden nicht die Erklärung verlangen, daß die belgischen Arbeiter am Kriege schuldig seien. Die belgischen Arbeiter seien ebensowenig schuldig am Kriege, wie die belgischen Engländer, Franzosen oder irgendeines andern Verbündeten. Es gehe auch nicht an, die belgischen Arbeiter, die den Militarismus nährten, als er dazu beigetragen hat, die belgischen Arbeiter, Arbeiter und militärischen Regierung ein Ende zu machen und die damit die Grundlage für eine demokratische und sozialistische Regierung zu schaffen, für die Wiffen einer friedlichen Regierung verantwortlich zu machen.

Sueber (Deutschland) erklärte die belgische Forderung, für den Krieg, aber auch die Verantwortlichkeit der belgischen Arbeiter zu übernehmen. Sie seien davon überzeugt, daß in allen in dem belgischen Lande betriebenen. Die belgischen Arbeiter hätten an dem Grundgesetz des Selbstbestimmungsrechts der Völker teil und werden ohne Rücksicht auf die politischen Erwägungen an der Solidarität mit dem großen Deutschen Reich festhalten. Dazu brauche man aber die nationale Solidarität der Arbeiter aller Länder. Es sei davon auszugehen, daß durch die Verantwortung ein roter Strich gezogen wird. Nur wer davon überzeugt ist, daß er in der Zeit vom August 1914 und in der vom August 1914 bis zum Waffenstillstand seinen Schicksal begangen hat, darf seine auf uns werfen.

Comper (Amerika) sprach unter anderem: Es sei ebenfalls sehr schwer der Ansicht, daß durch die Verantwortung ein roter Strich gezogen werden müsse und daß man ein weißes Tuch überlegen müsse. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung müsse nicht übersehen werden. Aber um das zu ermöglichen, brauche man Solidarität, die man fördern und wollen, was ihre Pflicht sei.
Jouhaug (Frankreich) sprach die Ansicht aus, daß die Führer der belgischen Gewerkschaften nicht ihre Pflicht getan hätten. Wenn die Organisationen aller Länder ihre gegen den Militarismus und Imperialismus aufgetreten wären, so wäre der Internationale Gewerkschaftsbund vielleicht fast genau gewesen, um den Krieg zu verhindern. Auch er sei der Ansicht, daß die Deutschen zugeben sollten, daß sie nicht ihre Pflicht getan hätten. Im Prinzip sei aber die Ausräumung einer neuen Internationale notwendig, daß alle zugeben, daß sie Fehler begangen haben.

Darauf wurde von der französischen Delegation beantragt, eine Kommission zu ernennen, um eine Resolution betreffend eine neue Internationale auf breiter sozialistischer Grundlage mit sämtlichen Garantien für die Zukunft aufzustellen. Der Antrag der französischen Delegation wurde hierauf angenommen.

Die von Gassenbach im Namen der belgischen Gewerkschaftsverbände überreichte Entschuldigungsbeschlüsse hat folgenden Wortlaut: „Die belgischen Gewerkschaften haben anerkannt, daß Deutschland mit Bezug auf Belgien schuldig ist. Sie haben immer die Kriegsverbrechen anerkannt, die während der belgischen Krieges begangen wurden. Die Verantwortung der belgischen Arbeiter geschah nicht mit Zustimmung der belgischen Arbeiter. Soweit es während des Krieges möglich war, haben wir sie bestraft. Die Schuld der belgischen Arbeiter liegt bei dem Verlauf des Krieges und während des Krieges nur durch die Lage Belgiens bedingt. Wir waren überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führte. Das liegt in Deutschland allein zu beklagen wurde. Es durch die Tatsache erwiesen, daß auch die belgischen sogenannten Unabhängigen Sozialdemokraten bei Ausbruch des Krieges die gleiche Haltung einnahmen. Die belgische Arbeiterklasse hat nicht gegen den Krieg und der Mordungen und hat niemals den internationalen Brüdern der Regierung zugestimmt. Wenn im Namen des Krieges alles, was jetzt bekannt ist, bekannt geworden wäre, wenn die Arbeiterklasse nicht von der Regierung inretrahiert und betrogen worden wäre, dann hätte die Haltung der belgischen Arbeitergewerkschaften und ihrer Führer anders gewesen sein. Wenn die belgische Arbeiterbewegung gestützt hätte, daß Deutschland die angestrebte Schuld hat, dann hätte

Zeitung, in München einen Korrespondenten hat, dessen geistiger Horizont über den der sonstigen alldeutschen Auslandsblätter in keiner Weise hinausgeht. Er liest die Uebersetzung der Münchner Post, nimmt sie für bare Münze — wann hätte ein Alldeutscher schon Sinn für Humor gehabt? — und telegraphiert sie mit Eifer nach Berlin in dem festen Glauben, eine Sensation erhalten zu haben und dem künftigen Treiben des H. H. Scheidemann endlich auf die Schliche gekommen zu sein.

In der Berliner Redaktion der Deutschen Zeitung trübte man nicht weniger. Jetzt hat man den Scheidemann ermächtigt in auffälliger Aufmachung und gespreiztem Redend die Münchner Privatmeldung den alldeutschen Lesern vorzulegen. Dazu schreibt der Chefredakteur der Deutschen Zeitung, Herr Müller, tief sinnige Betrachtungen über die politische Talentlosigkeit dieses Scheidemann und verleiht nicht zu bemerken, daß Scheidemanns Tätigkeit in Italien „in politisch einschlägigen Kreisen“ die schwersten Bekundungen auslöste.

Es ist wirklich ein Uebermaß des Beschs, daß der politische Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung in diesem Zusammenhang auf seine „politische Einsicht“ pochen mußte. Entsetzt fragt man sich, wenn so die politisch einschlägigen Alldeutschen ausziehen, die einen Münchner Kamelebsack für ernst nehmen, wie es dann bei den politisch einschlägigen Kreisen der Alldeutschen ausziehen muß.

Dafür haben wir allerdings während des Krieges Proben gehabt. Es sei nur an den „Bund der rassen Niedererkämpfung Englands“ und die Annetionslandarten des Besmannschen Verlags erinnert.

Jedenfalls hat jetzt die Welt ein wunderbares Beispiel dafür, mit wieviel Verstand bei den Alldeutschen auswärtige Politik gemacht wird.

Die Entente gegen Bela Kun.

Berlin, 27. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten riefte gestern folgenden Funspruch an das ungarische Volk: Die alliierten und assoziierten Regierungen haben den dringenden Wunsch, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen und dadurch einem Ruhand ein Ende zu bereiten, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unumgänglich macht und ein Hindernis ist für jeden Versuch, die Bevölkerung zu ernähren. Es ist aber unmöglich, dieses Ziel zu beginnen bevor Ungarn eine Regierung hat, die das Volk beruht und die die zwischen ihm und den assoziierten Regierungen getroffenen Verpflichtungen dem Worte und dem Geiste nach erfüllt.

Die Regierung Bela Kun entspricht in keiner Weise diesen Bedingungen. Sie hat nicht nur den von Ungarn unterzeichneten Waffenstillstand gebrochen, sondern sie greift in diesem Augenblick auch eine besetzte und alliierte Macht an. Es ist die Aufgabe der assoziierten Regierungen, unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit die Maßnahmen zu ergreifen, die diese besondere Frage notwendig machen. Wenn Besatzmächte und sonstige Verpflegungsberechtigten gesteuert werden sollen, wenn die Wladode aufgehoben, das Volk die wirtschaftlichen Wiederaufbau unternehmen und schließlich der Friede wiederhergestellt werden soll, so kann das nur mit einer Regierung geschehen, deren Autorität sich nicht auf den Terror stützt.

Die assoziierten Regierungen haben es für zweckmäßig angesehen, daß jede fremde Besetzung ungarischen Gebietes, wie sie von der Friedenskonferenz bestimmt worden ist, in dem Augenblick ein Ende finden wird, in dem der Höchstkommandierende der Alliierten die Waffenstillstandsbedingungen in betrieblender Weise für ausgeführt erklärt wird.

Czernin und Erzberger.

Wien, 28. Juli. Der Korrespondent Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm am Grundfest vom 27. d. M., nachmittags 4.10 Uhr, ausgegangen: Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzukommen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen: Soweit ich aus den Aufzeichnungen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungenügende wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt. Dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen dem Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in dem ich für eine Vermeidung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte ist, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die ausdrückliche Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nicht beantworteten Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Erzberger übergeben, der ihn nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich feststellen, daß Erzberger keine Rolle vorlag und der begründeten Verleumdung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Aufzeichnungen des Reichskanzlers über die Verhandlungen Erzbergers zur Kenntnis unserer Herren. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von dem Hohen machen. Die Darstellung des Grafen Czernin ist, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen dürfte ich meine Darstellung, wie diese andere, gar nicht erwidern, durch Dokumente beweisen, die in meinem Besitz sind. Ich schreibe von der Uebersage meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen Czernin mit Erzberger jetzt veröffentlichten Aufzeichnungen sind aber Uebersagen eines ganz anderen ungenügenden Berichtes, deren Umfang ich erst ein Jahr später erwiderte und die meine Kommission veranlaßte. Wenn demnach über den Weltkrieg ein falsches Bild verbreitet wird, so ist es für ordentlich, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Die der Wiener Mittagszeitung, hat Erzberger den Bericht des Grafen Czernin vom früheren Kaiser Karl selbst erhalten und die Herkunft des Berichtes auf sich zu schwelgen.

Der nicht unterrichtete Bayer.

München, 28. Juli. Die Hoff. Zeitung meldet: Der Bayerische Parlamentarier Herr von Kerschbaum hat, daß nicht nur der Bayerische Reichstag, sondern auch der Reichstag in Berlin die Bayerische Regierung als Vorkämpfer von dem über den Balkan der deutschen Regierung zugewiesenen Friedensangebot der Entente nicht erwidern habe.

Deutschlands Ostgrenzen.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Alliierte Rat hat den Wortlaut der Antwort auf die deutsche Note bezüglich der Ausführung des Friedensabkommens ab der deutschen Ostgrenze, in der verlangt wird, daß zwischen deutschen und polnischen Vertretern in direkte Verhandlungen eingetreten wird, genehmigt. In dieser Antwort wird die Räumung der an die Polen abzutretenden Gebiete festgesetzt und zweitens die Aufgabe der alliierten Kommission, welche die Ausführung der Volksabstimmung in Oberschlesien kontrollieren soll.

Renner's Besuch um Fristverlängerung.

(Reuter.) Der Staatskanzler Renner hat um eine Verlängerung der für die Anwendung des Friedensvertrags festgesetzten Frist gebeten.

Botha über den Friedensvertrag.

Aus Kapstadt wird vom 24. Juli gemeldet, Botha ist in der mit Bahnen festlich geschmückten Stadt mit großem Jubel empfangen worden. In seiner Rede über den Friedensvertrag sagte er, daß der Vertrag viele Punkte enthalte, die nach seiner Meinung unausführbar seien. Alles hänge davon ab, daß die Deutschen befreit seien, den Vertrag ehrlich zu erfüllen. Die Alliierten seien fest entschlossen, den Frieden aufrecht zu erhalten. Botha legt auch große Hoffnung auf den Völkerverbund.

Verhandlungen in Berlin.

Nachdem in der Metallindustrie der Schmelzereiaustrand durch Annullierung des Schiedsgerichts beendet ist, kann auch der Betrieb in den hiesigen Siemens-Schuckert-Werken wieder aufgenommen werden und vor allem werden die entlassenen Arbeiter in sämtlichen Werken wieder eingestellt werden können. Damit wäre in der Metallindustrie der Friede zum größten Teile wieder hergestellt. Man hofft, daß die Verhandlungen zwischen der Leitung der Siemens-Schuckert-Werke und ihren Arbeitern zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis führen werden. In diesem Zweck finden heute nachmittags Verhandlungen vor dem Schiedsgericht statt, an denen auch Vertreter des Reichsarbeitsamtes teilnehmen werden.

Auch zur Beilegung des Telegraphenarbeiterstreiks wurden Verhandlungen geführt. Die streikenden Telegraphenarbeiter sind gestern vormittag bei der Oberpostdirektion von neuem vorstellig geworden, um eine Einigung herbeizuführen. Sie unterzeichneten eine Erklärung, wonach die Telegraphenarbeiter Groß-Berlins sich künftighin während der Arbeitszeit an politischen Streiks und Kundgebungen nicht mehr beteiligen wollen. Ausstände wegen wirtschaftlicher Forderungen sollen stets nach ausgiebiger Anrufung aller in Betracht kommenden Instanzen unter Einwirkung der Rühnigungsfrist beizufriedigen werden. Dagegen hat die Streikkommission bei Wiederherstellung der wegen des Montagstreiks Entlassenen um Nachzahlung des Lohnes vom Dienstag an. Die Oberpostdirektion verspricht, dem Reichspostminister eine Entscheidung hierüber einzubringen. Bei einer neuen Veranlassung der Telegraphenarbeiter am Montagabend wird das Ergebnis dieser neuen Verhandlungen mitgeteilt und gegebenenfalls der Streik abgebrochen werden.

Abbruch des ober-schlesischen Streiks.

Breslau, 28. Juli. Die Vermittlungsverhandlungen am Sonntag in Antonow waren ergebnislos verlaufen. Infolgedessen beschloß eine Generalkonferenz am Montag, angeschlossen der Ausschlichtungsstelle eines lanpandierenden Streiks den Streik abzubrechen und am heutigen Montag eine Abordnung des Arbeiterausschusses nach Berlin zu senden, um beim Arbeitsminister eigene Verhandlungen anzuknüpfen.

Neue Streikgefahr in Stettin.

Wie die P. R. A. aus Stettin erfahren, droht dort in nächster Zeit wieder ein Streik der Fabrikarbeiter. Die Arbeiter verlangen, daß ihnen die letzten Streiktage bezahlt werden.

Ein unabhängiger Kronzeuge.

Der Vormarsch schreibt: Wir haben schon erwähnt, daß im Parteilbureau der U. S. V. D. Schindlerstr. 5, ein großes Lager von Lebensmitteln aller Art liegt, die nach den Angaben der „Freiheit“ für die hungernden politischen Gefangenen, „unter eigenen Entschörungen der Spender“ gesammelt worden sind. Zu den Lebensmitteln gehören 18 bis 20 große ganze Schinken. Mithin die Leute, die sich das absparen können. Aber die Lebensmittel sind auch gar nicht für die politischen Gefangenen verwendet worden, sondern es ist u. a. auf Anweisung des Reichsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld sein Kronzeuge im Lebedour-Prozess Gaffo v. Tschaja wochenlang von dort aus mit Brot, Fleisch, Fett, Butter und allen möglichen Delikatessen gefüttert worden. Gaffo v. Tschaja, Vizekonsul und Emdener, war im Lebedour-Prozess der Kronzeuge der Verteidigung. Mit seiner Hilfe wurde die vernichtende Aussage des Stadtkommandanten Reutmann stichfest entkräftet. Denn Gaffo v. Tschaja war bereit zu beschwören, daß Fischer ihn und andere zum Morde an Lebedour angestiftet hätte. Auch die ganze Legende, daß Regierungsspiegel die Januarunruhen hervorgerufen hätten, geht auf diesen abligen Gewächsmann Rosenfeld zurück.

Aber Gaffo v. Tschaja hat sich nicht mit guter Kost begnügt, er hat auch anständige Bezahlung verlangt. Ein paar hundert Mark hat er schon vor dem Lebedour-Prozess bekommen. Mehrere tausend Mark waren ihm — so schreibt die Sozialistische Korrespondenz — für später versprochen.

Nach erlittertem Siege vermaß Rosenfeld aber seines treuen Tschaja und gabte die Gelder nicht aus. Infolgedessen ließ Gaffo v. Tschaja zur Polizei und beklagte sich über Rosenfeld. Und jetzt hat sich der alte Staatsanwalt der Sache angenommen.

Die „Freiheit“ wird nun gewiß verkünden, daß die Staatsanwaltschaft sich für ihre Niederlage im Lebedour-Prozess jetzt an dem verächtlichen Volksmann Rosenfeld zu rächen habe. Nun, Rosenfeld ist ja immortel und wird weiter ungehindert das Wort führen können. Nur über Tschaja wird er schweigen.

v. Tschaja verhaftet.

Der von der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei schon seit längerer Zeit geahndete Vizekonsul v. Tschaja ist seit einigen Tagen verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Prenzlauerberg geführt worden. Tschaja hatte mit mehreren anderen im Januar und Februar Wundenbleibnisse begangen, verstand es jedoch, sich dauernd seiner Festnahme zu entziehen. Der frühere Vizekonsul sollte im Lebedour-Prozess der Kronzeuge der Verteidigung sein. Seine Straftaten wegen entzog sich v. T., obwohl ihm freies Geleit angedroht worden war, dem Erscheinen vor Gericht.

Deutsches Reich.

Deutschlands Kohlennot.

Ueber die Verteilung der verfügbaren Kohlenmengen in Deutschland erfährt eine Korrespondenz von maßgebender Stelle: In erster Linie werden die Eisenbahnen berücksichtigt, dann folgen Lebensmittelfabriken, Lebensmittelfabriken und Hausbrand. Zuletzt kommt die Industrie daran. Der Bedarf unter Industrie beträgt nach dem jetzigen Stande der Arbeit 94 Millionen Tonnen Kohlen, während ihr nur 10 Millionen Tonnen Kohlen zugeteilt werden können. Wird also die Kohlenverteilung nicht gleich ganz bedeutend geändert, so daß die Industrie erheblich mehr Brennstoff erhalten kann, dann muß in Deutschland für den Herbst mit Millionen von erwerbslosen Arbeitern und Angehörigen gerechnet werden. Um eine Mehrförderung von Kohle zu ermöglichen, wird geplant, Spangschleppgerichte in den Bergwerksbetrieben einzuführen, die alle Bohrforierungen zu regeln hätten, bei strengster Unterordnung jedes Streiks in den Kohlengruben. Der Verbrauch der Hausbrandkohle wird jedenfalls gegen das Vorjahr erheblich eingeschränkt werden müssen, falls die Kohlenproduktion auf der geringen Stufe bleibt, wie es bisher der Fall ist.

Der Ertrag der Umsatzsteuer.

Es wird gemeldet: Eine Schätzung des Ertrags der neuen Umsatzsteuer ist mit einiger Sicherheit kaum zu geben. Sie kann nur für einen Bezugszeitraum versucht werden, den das deutsche Wirtschaftsleben hoffentlich in einiger Zeit erreichen wird, nicht aber für die unklaren und unsicheren Verhältnisse der Gegenwart. Unter dieser Voraussetzung geht die Ertragschätzung für die allgemeine Umsatzsteuer von einem Umsatz von 195 Milliarden Mark aus und kommt mithin bei einem Steuersatz von 1 v. H. zu einem Ergebnis von 1950 Millionen Mark. Die Kleinhandelssteuer mit 5 v. H. soll ein Aufkommen von 1000 Millionen Mark erzielen. Für die 10 Prozent Steuer der Hersteller, die 16 Prozent Kleinhandelssteuer und die 10 Prozent Steuer auf Leistungen bestimmter Art wird das Ergebnis mit 1500 Millionen Mark geschätzt. Man mag danach das gesamte Aufkommen auf etwa 4 1/2 Milliarden Mark annehmen und, wenn man ein Gehalt mit der Gebietsabgrenzung absetzt, auf 4 Milliarden Mark.

Freigabe des Fischhandels. Wie die P. R. A. erfahren, fand unter Vorsitz von Schmidt und bei Anwesenheit des Reichsfinanzkommissars am 25. Juli in Weimar eine von zahlreichen Interessenten der Hochsee- und Küstfischerei, des Fischhandels und Vertretern der Verbraucher besuchte Besprechung statt, die sich mit der Fischverpackung beschäftigte. Als Ergebnis der sehr eingehenden Beratungen konnte Minister Schmidt erklären, daß die Fische zu fischen es ermöglichen, den Fischhandel unter gewissen Bedingungen, die sich auf Fischquoten beziehen, in nächster Zeit freizugeben. Für die Einfuhr von Fischen werden alle möglichen Erleichterungen gegeben werden. Doch muß eine Kontrolle der Einfuhr noch weiterhin geübt werden.

Die deutschen Delegierten zum Sozialistenkongress. Im internationalen Sozialistenkongress in Luzern, die am 1. August beginnt, entsendet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als ihre Vertreter den Parteivorsitzenden Otto Weiss und Hermann Wolfenbutter. Von der Unabhängigen Sozialdemokratie werden, wie die P. R. A. hören, die beiden Vorlegenden Hugo Haase und Crispian, ferner Rauteff und Oster noch Luzern reisen.

Veröffentlichung des Telegramms des englischen Gesandten. Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen das in dem Schreiben des Botschafter Hantius erwähnte Telegramm des englischen Gesandten der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Erleichterungen des Belagerungszustandes im Osten. Um den geordneten Uebergang der abzutretenden Gebiete in polnische Staatshoheit zu erleichtern, hat der Militärbesatzmächte des Regierungsbezirks Bromberg folgende Erleichterungen des Belagerungszustandes verfügt: Den politischen Vollräten (Rada Ludowa) wird freies Betätigungs- und Versammlungsrecht zugesprochen. Der Bevölkerung wird die Möglichkeit, die Versammlungen in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel abzuhalten, gewährt. Das Verbot des Fernspreches und Telephonverwendens wird aufgehoben.

Die Gese gegen die Reichswehr. Verschiedene Blätter lassen sich aus Königsberg melden, daß infolge der händigen Frage gegen die Angehörigen der Reichswehr sich die Vertrauensmänner sämtlicher Reichswehr- und Grenzschutzgruppen an Roste mit der Bitte wandten, er möge umgehend nach Königsberg kommen, da sie keine Verantwortung mehr für ihre Kameraden übernehmen könnten. Diese unüberantwortliche Frage, sagt die Morgenpost, bekräftigt sich selber nicht auf Königsberg, sondern wird überall betrieben, wo die Unabhängigen größten Einfluß besitzen. Aber auch die mehrheitlichsozialistischen Kreise sind von dieser Frage angezogen, obwohl die gegenwärtige Regierung sich ohne diese Kruppen keinen Tag länger halten könnte.

Die Tabaksteuer. Der Berliner Volksbeobachter meldet aus Mannheim: Bei der von den Behörden erlassenen Tabaksteuer von 30 v. H. des Durchschnitts der letzten vier Jahre handelt es sich um 200 000 Doppelzentner Tabak.

Ausland.

Deutschösterreich.

Kronprinzlicher Admiral Hartmann.

Wien, 28. Juli. Der Neue Tag meldet, daß Dr. Eduard Hartmann, der Vertreter der deutschösterreichischen Republik in Berlin, nach im Laufe dieses Sommers von diesem Posten zurückzutreten beabsichtigt. Er glaubt sehr weit niederlegen zu müssen, weil es sich gezeigt habe, daß ein Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland jetzt unabwehrbar ist.

Italien.

Wirtschaftliche Kinnungslage.

Im Senat hielt Nitti eine Rede, die auf die Lage ungewisser Schicksalhaft wirkt. Ohne jede Beschönigung schilderte der Ministerpräsident die Position und meinte, man müsse sich namentlich von jeder Hilfe der Verbündeten emanzipieren. Die Verbündeten haben während des Krieges geholfen, aber einige von ihnen betrachten diese Hilfe nun als erledigt. (Erregung.) Die Engländer haben uns die Kredite gestiftet, auch die amerikanischen Kredite versallen. Dazu kommt, daß die amerikanische Regierung Privatverträge an Italien verbietet, solange die politische Lage nicht geklärt ist. Der Senat, der Nitti anfangs nicht allzu freundlich gegenüberstand, hat, erwidert ihm daraufhin ein einstimmiges Vertrauensvotum.

Es ist auch zu hoffen, daß die Verrentenrente der Verrenteten...

Gegen wen wird gestreift?

Diese Frage beantwortet unser Leipziger Parteivorstand...

Eine Ergänzung des Einkommensteuergesetzes.

(N.) Auf mehrfache von den Ständen und von Gemeindevorständen...

Heeresverringering und Freiwilligenwerbung.

(M.) Der Generalstabschef bringt Deutschland zur Vermin- derung...

Stadt-Chronik.

Rachefe zum Reuring-Prozess.

Die große Spannung erreichte am Sonntag ihren Höhepunkt...

Als der Oberstaatsanwalt sich zu seinem Mandat erhob...

nicht verlagern, daß es sich nicht um eine Tugendfrage...

Nach dem Staatsanwalt sprachen die Verteidiger, die...

Ein, das ist eine Auffassung, über deren Richtigkeit wir uns mit Herrn...

Es folgte die übliche Rechtsbelehrung der Geschworenen...

Dann zog sich das Gericht zur Beratung des Urteils...

Das Urteil wird wohl ganz allgemein den Eindruck...

Wie wir hören, wird in den nächsten Wochen vor...

Der Zuckermangel.

Ein freies Land hat man mit gutem Gewissen...

Für Weingardener

1917/18 Vorläufiger Verteilungsplan 1918/19 150 000

Endgültiger Verteilungsplan 1918/19 180 000

Für Einmacheguder

1917/18 Vorläufiger Verteilungsplan 1918/19 900 000

Endgültiger Verteilungsplan 1918/19 Nichts

Angesichts dieser Rücksichtslosigkeit gegenüber der großen...

Bei dem diesjährigen Obst- und Beerenreichtum ist das...

Aus den verschiedensten Zeitungsmeldungen geht hervor...

Auf der andern Seite scheint aber die Reichsgüterstelle...

Wenn nun von amtlicher Seite erklärt wird, daß durch...

ben und Vorkauf für Verteilung eines angemessenen Quan-

Kommunaler Obstbau.

Das Obst das vor dem Frische nur als Genußmittel galt...

Und das wird geübt, wenn die Straßen brauchen vor den...

Im Teil erfüllt die Obstproduktion der kommunalen...

Reben des volkswirtschaftlichen Wertes. Bei freigegebenen...

Darum gilt es, den kommunalen Obstbau zu pflegen. Ganz...

Ertragslosten sind hierzu nicht erforderlich, und die...

Das heißt 400 Prozent weniger.

Holzlieferung für Winterbedürfnisse.

Da dieser Angelegenheit spreit uns unser Verbandsrat...

Armenrecht.

Über das Armenrecht besteht noch bei den Arbeitern ein...

Nach dem § 114 der Rätegesetzordnung hat derjenige, der...

Die Besetzung der Stellen soll nach dem Grundsatz...

Wegen der Gefahr, durch den das Armenrecht beeinträchtigt...

Zur Krankenernährung.

Der Reichsernährungsminister hat im April Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankenernährung getroffen...

Besondere Lebensmittel-Zuweisungen an die Kriegsgefangenen.

Der Reichsernährungsminister hat bestimmt, daß die jetzt lebenden Kriegsgefangenen von den Rationierungskarten...

Das zweite Rabrennen.

Am 15.000 Personen umfassen gestern die Rabrennen. Bei diesem Wetter betraf die Veranstaltung ohne jeden Unfall...

Wahrung berechtigter Interessen.

Der 1887 in Chemnitz geborene Bureauassistent bei der Polizeidirektion zu Dresden Rudolf Hermann Riehm...

Große Kleintierdiebstähle.

Eine große Menge nützlicher Kleintiere führten in den Monaten März und April der Reichslandwirte Paul Martin...

Die Unterschlagungen in der Arbeiterklasse in Halle. Wegen seiner Unzufriedenheit und Unterdrückung wurde von der Polizei...

Einem alten Mann machten Volksgenossen vom linken Arbeiterstand in der Altstadt. In der Sommerzeit wurden mit einem Paroliwagen zwei Personen in lederner Uniform...

Witwensfrau für den 68. Waisenpflanzungsverein in Böhmen wurde Genosse Schriftführer Erich Grille...

Unbekannter Betrüger. In letzter Zeit hat ein Unbekannter wiederholt häufige Remontragegeschäfte ausgeführt...

Verhaftung. In der Nacht zum 26. Juli sind aus einem Schornstein in der Provinz Straße zwei Chalkolonne-Windfäden (Werkzeuflügel)...

Verhaftung. In der Nacht zum 26. Juli sind aus einem Schornstein in der Provinz Straße zwei Chalkolonne-Windfäden (Werkzeuflügel)...

Aus dem Dresdner Parteileben. 4. Kreis. Die Gruppe Witten hielt am 25. Juli ihre Mitgliederversammlung ab. Genosse Warthel hielt einen interessanten...

4. Kreis. Dresden-Kreis. Die Genossinnen und Volksgenossinnen-Kreisleiterinnen werden ersucht, sich alle Dienstag, abends Punkt 8 Uhr...

Gewerkschaftsbewegung. Tarifbewegung in Leipziger Buchhandel. Die Leipziger Buchhandlungsbesitzer haben in einer Tarifbewegung...

Der Volksbeauftragte Emil Barth. Aus dem Verbrederealbum von Neustadt, Band IV Nr. 161. Kategorie: Zeitlichkeitsbeleg, veröffentlicht bei...

mit verhängt vom Reichsernährungsminister am 27. März 1919. Erziehung öffentlicher Begegnungen zum 25. August 1919. Erziehung öffentlicher Begegnungen zum 25. August 1919.

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Verbandstag der Textilarbeiter. Plauen, 24. Juli. Neben die Arbeitsgemeinschaft referierte der Zentralvorstand...

Montag den 25. Juli 1919

Dresdner Volkzeitung

Zur Erklärung über den Stand des Streikens und der... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Zur Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Zur Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Zur Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Zur Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Zur Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Zur Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Stellung der hieraus resultierenden... Die Stellung der hieraus resultierenden...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Die Erklärung über den Stand des Streikens... Die Erklärung über den Stand des Streikens...

Leben - Wissen - Kunst.

Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für... Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für...

Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für... Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für...

Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für... Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für...

Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für... Unter Abend der V. B. A. Die Vereinigung für...

Dresdner Kalender.

Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht... Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht...

Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht... Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht...

Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht... Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht...

Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht... Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht...

Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht... Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht...

Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht... Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht...

Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht... Theater am 29. Juli. Residenz-Theater: Hanni geht...

Flugplatz Kaditz der Stadt Dresden. Flugveranstellung. Sonntag den 3. August 1919, nachmittags 3 Uhr, Rundflüge über Dresden und dem Elbtal.

Fata Morgana Lichtspiele. Breite Straße 3. Seine Liebe war mein Tod. Das Patentmädchen.

MUSENHALLE. Die Hamsterfahrt. Königshof-Theater. Verlorene Töchter.

Boxkämpfe bei Sarrasani. Heute Montag Abend der große Entscheidungskampf.

Diana-Saal. Damen-Ball. Heute Montag.

Wer ist der Vater? Das ist der Titel der Herrfeldtade, die demnächst in Dresden aufgeführt wird.

ELITE-BALL im Feensaal Deutsche Reichskrone.

Rote Mühle in Hotel Hammer. DIE BALL-ABENDE.

Tanz-Palast Stadt Leipzig. Der grosse BALL.

Paradiesgarten. Paradies-Ball! Zentralhalle. Heute Montag: Der beliebte Damenball.

Spulapparate. Frau Hensinger, Am See 87.

Zeitungsausträgerin für Kaditz, Albertsdorf, Roditz und Gottsch.

Fabrik-Klempner Tischler, Metallformer.

Bernidler, gesucht.

Spitzen- u. Karaffaldreher SACHSENWERK.

Maschinenformer.

Echter Tee.

Spulapparate.

Flora-Theater.

Gummiwaren.

Frauen.

Am Volkshaus.

Hygienische Gummiwaren.

Rauchtabak.

Kautabak.

Rohkohle.

Heinrich Heine.

Die Völker der Erde Amerika.

Die Völker der Erde Amerika.